

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 8. April 2017

Eine Zukunft für die Deponie oder wohin mit dem Müll?

Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) haben in Sitzungen verschiedener Beiräte bzw. Fachausschüsse unterschiedliche Angaben zur Lebensdauer der Bremer Mülldeponie gemacht. Unter den bisherigen Rahmenbedingungen hat die Deponie irgendwann zwischen 2024 und 2030 ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Deponie soll ihre Kosten selbst tragen und nimmt dafür auch Müll gegen Geld aus dem Umland auf. Entscheidungsverfahren für eine Lösung der Deponiefrage nach Erreichen der Kapazitätsgrenzen dauern nach Auskunft von SUBV zwischen sechs und zehn Jahren. Die Behörde möchte mit einer Entscheidungsfindung erst in der nächsten Legislaturperiode beginnen.

Die Liberalen halten diese Zeitplanung für viel zu verspätet. Wir fordern den Senat auf unmittelbar mit einer Prüfung zu beginnen und dabei die folgenden Alternativen mit zu berücksichtigen:

- Es wird zukünftig kein Müll aus dem Umland mehr eingelagert. Dies verlängert die Lebensdauer deutlich.
- Schließung der Bremer Deponie und einlagern des Bremer Mülls in der Deponie Bremerhaven.
- Schließung der Bremer Deponie und einlagern des Bremer Mülls in Deponien in Niedersachsen.
- Die Erweiterung am alten Standort.
- Die Suche nach einem neuen geeigneten Standort innerhalb Bremens.

Eine Erweiterung am alten Standort wäre bei erster Betrachtung sicherlich die logischste Lösung, allerdings bedeutet dies die Kanalisierung des Waller Fleetes und einen erheblichen Qualitätsverlust im Naherholungsbereich rund um den Waller Feldmarksee. Die Bürgerinnen

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

und Bürger aus Walle und dem Blockland tragen seit Jahrzehnten die Belastung durch die Deponie. Somit besitzt diese Alternative einen großen Malus, dennoch sollte sie mit geprüft werden.

Die Alternative einen neuen Standort innerhalb Bremens zu finden, der aus Umwelt- und Planungsgesichtspunkten geeignet ist, erscheint zwar schwierig aber nicht unmöglich. Daher muss auch diese Variante geprüft werden. Gleichzeitig muss ein solcher Standort im Einklang mit langfristigen Planungen der FHB befinden. Die Optionsfläche am Industriepark West ist aus der Alternativliste zu streichen, um den dort ansiedlungswilligen Unternehmen dauerhafte Planungssicherheit zu garantieren. Eine erfolgreiche Vermarktung von Gewerbeflächen, die möglicherweise ab 2030 direkt neben einer Deponie liegen ist schwer umsetzbar.

Am Entscheidungsprozess sind die Bürgerinnen und Bürger, die Stadt Bremerhaven, das niedersächsische Umland und die Beiräte zu beteiligen.